

Die einheitliche Auslegung von Beihilfen- und Vergaberecht als Teilgebiete des europäischen Wettbewerbsrechts

Bearbeitet von
Susanne Wende

1. Auflage 2011. Buch. XXII, 181 S. Hardcover
ISBN 978 3 631 61336 8
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 380 g

Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Europäisches, internationales
Wirtschaftsrecht

Zu Leseprobe

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhalt

Literaturverzeichnis.....	XI
Problemaufriss und Gang der Untersuchung.....	1
Entwicklung des europäischen Vergabe- und Beihilfenrechts	3
A. Das europäische Vergaberecht	3
I. Hintergründe und Grundzüge des europäischen Vergaberechts.....	3
II. Die Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz und der Gleichbehandlung im Vergaberecht.....	5
1. Diskriminierungsfreiheit	5
2. Transparenzgebot.....	7
3. Wettbewerbsoffenheit	8
B. Das europäische Beihilfenrecht	9
I. Entwicklung und Hintergründe des europäischen Beihilfenrechts	9
II. Die Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz und der Gleichbehandlung im Beihilfenrecht.....	10
1. Diskriminierungsfreiheit	10
2. Transparenzgebot.....	11
3. Wettbewerbsoffenheit	12
C. Die Diskussion über das Verhältnis von Vergabe- und Beihilfenrecht	12
I. Der Meinungsstand.....	12
II. Überlegungen nach den Grundsätzen der Normenkonkurrenz.....	17
III. Zusammenfassung	21
Hauptteil: Die Schnittstellen.....	22
A. Das Verhältnis von Beihilfe- und Vergaberecht zu anderen Vorschriften	22
I. Das Verhältnis des Beihilfenrechts zu den Grundfreiheiten.....	22
1. Literatur	22
2. Die Rechtsprechung	25
a) Die EuGH-Entscheidung Iannelli	25
b) Urteil Buy Irish.....	29
c) Urteil Auslandsdruck	30
d) Urteil Du Pont De Nemours.....	31
e) Urteil Deutschland/Kommission	32
f) Urteil PreussenElektra	32
3. Stellungnahme	33
a) Gesetzeskonkurrenzen in der Dogmatik des Gemeinschaftsrechts	33
b) Ziele des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union	35
c) Grundfreiheiten als Ausgangsvorschriften.....	37
d) Prozessuale Aspekte	38
e) Der Wandel von der Anmeldepflicht zum System der Legalausnahme im Europäischen Kartellrecht	46
f) Besonderheiten des Beihilfenrechts, die die ausschließliche Zuständigkeit der Kommission erforderlich erscheinen lassen	48
4. Ergebnis.....	49
II. Das Verhältnis des Vergaberechts zu den Grundfreiheiten	50
III. Das Verhältnis des Beihilfenrechts zu Art. 101ff. AEUV	52
IV. Das Verhältnis des Vergaberechts zu Art. 101ff. AEUV	53

B. Die Auftragsvergabe als Begünstigung im Sinne des Beihilfenrechts	56
I. Allgemeines	56
II. Gegenstand des Vergaberechts	58
1. Der öffentliche Auftrag	59
a) Entgeltlicher Vertrag	59
aa) Vertrag mit nur einem möglichen Vertragspartner	59
bb) Der Begriff der Entgeltlichkeit	61
b) Zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem Wirtschaftsteilnehmer	61
c) Vertragsgegenstand	62
aa) Bauaufträge – Notwendigkeit eines Beschaffungselements	63
(1) EuGH-Entscheidung <i>Donauwald</i>	63
(2) Stellungnahme	64
(3) EuGH-Entscheidung <i>Stadt Roanne</i>	65
(4) Stellungnahme	65
(5) Der Beschluss des OLG Düsseldorf <i>Flughafen Ahlhorn</i>	66
bb) Dienstleistungsaufträge	71
cc) Stellungnahme	71
III. Der Begriff der Begünstigung im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV bezogen auf den Gegenstand der öffentlichen Auftragsvergabe	75
1. Erwerbsvorgänge der öffentlichen Hand	76
2. Der Private Investor Test	81
3. Übertragung einer Aufgabe im Interesse des Gemeinwohls	90
a) EuGH-Entscheidung ADBHU	91
b) EuGH-Entscheidung Banco Exterior de España	92
c) Das Urteil des EuGH in der Sache Ferring	92
d) Die Entscheidung des EuGH in der Sache GEMO	94
aa) Der Fall	94
bb) Die Argumentation des Generalanwalts	95
cc) Stellungnahme	99
e) Die Entscheidung des EuGH in der Sache Altmark-Trans	100
f) Stellungnahme	102
4. Der objektive Begriff der Begünstigung	104
5. Die Chancenerhöhung als Begünstigung	105
6. Die Auftragsvergabe an sich als Begünstigung	108
7. Weiterentwicklung der einheitlichen Auslegung	113
a) Parallelen aus dem Kartellrecht	114
b) Ansätze zur beihilfenkonformen Gestaltung des Vergaberechts durch den europäischen Gesetzgeber	115
c) Abschließende Stellungnahme	116
C. Das Merkmal der „staatlichen Finanzierung“	117
I. Die staatliche Zurechnung im Beihilfenrecht	117
1. Der Grundsatz: Erforderlichkeit der Belastung des Staatshaushalts	117
2. Rundfunkgebühren: Die Ausnahme von der Regel?	118
3. Die Rundfunkgebühren und das PreussenElektra-Urteil	120
4. Stellungnahme	121
II. Die staatliche Zurechnung im Vergaberecht	123
1. Der öffentliche Auftraggeber	123
3. Stellungnahme	127
III. Ergebnis	127

D. Die Ausschreibung – Entscheidungsfreiheit des Staates?.....	128
I. Vergaberechtliche Anforderungen	128
1. Die Entscheidung, ob eine Aufgabe ausgelagert oder selbst erfüllt wird	128
a) Möglichkeit der Anwendung des Vergaberechts auf die interkommunale Zusammenarbeit.....	129
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung und Kommissionspraxis	130
c) Stellungnahme	132
d) Ergebnis	134
2. Inhalt des zu vergebenden Auftrags.....	134
II. Beihilfenrechtliche Anforderungen.....	134
III. Ergebnis.....	135
E. Die Durchführung des Auftrags als Beihilfe	135
I. Anwendbarkeit von Beihilfen- und Vergaberecht	135
II. Begünstigung Dritter durch die Auftragsvergabe.....	136
F. Beihilfenrechtliche Ausschreibungspflicht.....	137
I. Einführung	137
1. Lösung über die Figur des Anscheinsbeweises	138
2. Unterscheidung zwischen Austauschgeschäften und Beauftragung mit gemeinwirtschaftlichen Pflichten	142
II. Die Pflicht zur Erteilung des Auftrags an das wirtschaftlichste Angebot im Vergaberecht.....	143
III. Analyse der Kommissionpraxis zu den Anforderungen an das beihilfenausschließende Ausschreibungsverfahren	148
IV. Neutralisierung der Beihilfe nach den Altmark-Trans-Kriterien	151
V. Stellungnahme	151
VI. Anwendung der gesamten Vergaberechtsvorschriften?	152
VII. Ergebnis	155
G. Berücksichtigung von Beihilfenempfängern im Ausschreibungsverfahren	156
I. Die Beihilfenrechtlichen Anforderungen	157
II. Vergaberechtliche Anforderungen.....	157
1. Rechtmäßige Beihilfen.....	158
a) Ungewöhnlich niedriges Angebot	158
b) Kein ungewöhnlich niedriges Angebot.....	159
2. Rechtswidrige Beihilfen	159
a) Materiell rechtswidrige Beihilfen.....	160
aa) Eignungsprüfung.....	160
bb) Zuschlagsprüfung	161
b) Formell rechtswidrige Beihilfen.....	162
aa) Eignungsprüfung.....	162
bb) Zuschlagsprüfung	163
3. Ergebnis.....	165
H. Blick auf die Rechtsfolgen – Notwendigkeit der Trennung beider Rechtsgebiete?.....	166
I. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Beihilfevorschriften	167
1. Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	167
2. Vorgaben des deutschen Rechts	167
3. Stellungnahme	168
II. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Vergabevorschriften	170
1. Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	170
a) Primärrecht	170

b) Sekundärrecht.....	170
2. Vorgaben des deutschen Rechts.....	172
3. Ergebnis und Stellungnahme.....	176
Zusammenfassung der Ergebnisse.....	178